

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	9
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	26.02.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Faktor2 - StädteChallenge Photovoltaik 2021 - mündlicher Bericht -		

Folgende Anträge sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt:

- "Stuttgart bewirbt sich bei der Faktor2-StädteChallenge zum Ausbau von Photovoltaik", Antrag Nr. 39/2021 vom 04.02.2021 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei)
- "StädteChallenge 2021 - Wir können Solarausbau", Antrag Nr. 43/2021 vom 05.02.2021 (CDU)
- "Teilnahme an der StädteChallenge 'Faktor2'", Antrag Nr. 46/2021 vom 05.02.2021 (90/GRÜNE)
- "'Faktor 2 - StädteChallenge': Stuttgart verdoppelt ihre Photovoltaikanlagen", Antrag Nr. 65/2021 vom 24.02.2021 (SPD)

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Herr Dr. Görres (AfU) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation. Er betont, auf- grund des erst kürzlich gestellten SPD-Antrags Nr. 65/2021 habe dieser in der Über- sichtsfolie seiner Präsentation nicht mehr eingearbeitet werden können. Er ergänzt zu seiner Präsentation, der StädteChallenge-Wettbewerb, der auf eine Initiative von "Fossil Free Karlsruhe" zurückgehe, werde bundesweit durchgeführt und sei in zwei Kategorien

eingeteilt (Städte mit unter 100.000 Einwohnern*innen und Großstädte). Im Arbeitskreis Energiemanagement, in dem die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) auf Ebene des Deutschen Städtetags vertreten sei, habe die Verwaltung von diesem Wettbewerb erfahren und intern abgefragt, wie hoch der Bekanntheitsgrad des Wettbewerbs sei. Karlsruhe habe offensichtlich erst am vorgestrigen Tage den Beschluss gefasst, sich am Wettbewerb zu beteiligen, andere Städte würden sich noch entscheiden. Für die Verwaltung der LHS sei klar, am Wettbewerb teilzunehmen. Da das Ziel des Wettbewerbs die Beschleunigung des PV-Anteils in Städten sei, bestehe kein Grund auf einen Verzicht am Wettbewerb. Inhalt der Challenge sei, möglichst viele Kilowatt-Peak pro Einwohner zuzubauen. Alle Anlagen, wie überbaute Parkplätze, Dachanlagen, Balkonmodule usw., würden hierbei berücksichtigt. Die LHS könne den Wettbewerb zwar gewinnen, ihn jedoch nicht beenden. Das liege daran, dass diejenige Stadt den Wettbewerb beende, die als erste die 0,1 Kilowatt-Peak pro Einwohner verdoppelt habe. Falls die Stadt die Kilowatt-Peak mehr als verdoppeln könne, solle sie daher aktiv am Wettbewerb teilnehmen. Hierzu bestehe aktuell ein Förderprogramm, zu dem 121 Anträge hinsichtlich PV-Anlagen seit dessen Veröffentlichung am 19.11.2020 gestellt worden seien. Bereits 42 Anträge seien bereits genehmigt worden und die Fördersumme werde ausbezahlt. Das Programm sei positiv zu bewerten, da es die Aspekte "Hemmnisse bei der Errichtung von PV-Anlagen", "Stromspeicher" sowie "Ladepunkte" behandle. Die Teilnahme am Wettbewerb werde das Programm zusätzlich befördern, welches sehr gut zum Wettbewerb passe. Die Informationsunterlagen zu dem Förderprogramm sollten um einen Hinweis auf den Wettbewerb ergänzt werden. Herr Dr. Görres spricht die klare Empfehlung aus, am Wettbewerb teilzunehmen. Es werde ein Zubau von mindestens 60 Megawatt benötigt, was mehr als eine Verdopplung darstelle. Umgerechnet ergebe dieses eine Fläche von mehr als 330.000 qm. Es sei wichtig, die im Rahmen des Energiekonzepts zur Verfügung stehenden Mittel für die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit des Wettbewerbs vollständig zu übertragen.

Der Wettbewerb unterstütze die Stadt in ihrer PV-Ausbaustrategie, betont BM Pätzold. Im Jahr 2020 seien 30 Dächer von städtischen Gebäuden mit PV-Anlagen belegt worden. Aktuell befänden sich 208 Projekte in Bearbeitung, wovon bereits 6 Anlagen im laufenden Jahr errichtet worden seien.

StR Rockenbauch (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) begrüßt die Teilnahme der LHS am Wettbewerb. Es müsse jede Gelegenheit zum Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt werden. Dabei könne man sich keinen weiteren Verzug leisten. Der Wettbewerb sei öffentlichkeitswirksam und führe zur Zusammenarbeit aller Akteure. Falls die Verwaltung zusätzliche finanzielle Mittel für den Wettbewerb benötige, solle sie dies seiner Fraktion mitteilen. Diese unterstützte die Errichtung zusätzlicher PV-Anlagen in jeglicher Hinsicht, da in diesem Bereich noch ein enormes Potenzial liege und der Anteil der Solarenergie verzehnfacht werden müsse. Der Ausbau der Solarenergie trage zum Ziel seiner Fraktion bei, Klimaneutralität der LHS bis zum Jahr 2030 zu erreichen.

Die Teilnahme am Wettbewerb begrüßt ebenso StR Kotz (CDU). Er habe die Ausführungen von Herrn Dr. Görres in der Art aufgefasst, die LHS komme mit relativ schlechten Startvoraussetzungen in den Wettbewerb, da die 0,1 Kilowatt-Peak pro Einwohner als Voraussetzung noch nicht erreicht seien. Er sei der Meinung, die LHS hätte die Challenge als Solarstadt Deutschlands mit Amtsantritt des vorangegangenen Oberbürgermeisters vor acht Jahren antreten müssen. Hinsichtlich der Umsetzung von PV-Anlagen auf städtischen und privaten Gebäuden bestehe seit Juni letzten Jahres ein

Antrag seiner Fraktion zum Thema "Solarausbau auf städtischen Gebäuden", welcher allerdings noch nicht beantwortet worden sei. Eine Antwort auf diesen Antrag sei nach rund acht Jahren an der Zeit. Herr Dr. Görres führt hierzu aus, aufgrund der Abstimmung mit einem weiteren Referat habe die Beantwortung des Antrags eine längere Zeitdauer in Anspruch genommen. Mittlerweile sei die Abstimmung erfolgt und die schriftliche Beantwortung erfolge.

StR Boy (90/GRÜNE) begrüßt, wie seine Vorredner, die Teilnahme an dem Wettbewerb. Die Initiative passe perfekt zu den bereits beschlossenen Maßnahmen hinsichtlich der Förderprogramme und die Angebote der SWS. Es sei erfreulich, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt derart viele Anträge eingegangen seien. Er erkundigt sich, wie die Verwaltung den Wettbewerb mit der bestehenden Öffentlichkeitsarbeit verbinden wolle. Dabei sei es interessant, die Megawatt-Peak in irgendeiner Form zu visualisieren, da dies zur Teilnahme motiviere. Die 60 Megawatt-Peak könnten als erster Schritt auf der städtischen Internetseite dargestellt werden. Herr Dr. Görres betont, jeder Gebäudebesitzer und jede Gebäudebesitzerin sei mit dem Newsletter "Gebäudemodernisierung" mit dem Grundabgabebescheid angeschrieben worden. Es bestehe mit zehntausend Abonnenten eine positive Resonanz. Dieser Informationskanal könne genutzt werden, um den Wettbewerb optimal einzuspielen. Derzeit befinde sich die Verwaltung intern im Austausch, um das Thema "Social Media" stärker zu nutzen. Ein Teil des Rücklaufs habe ergeben, nicht den digitalen Newsletter zu wünschen, sondern ein postalisches Anschreiben zu erhalten. Die Verwaltung habe über hundert Adressen erhalten, die nun bedient werden müssten.

Die Einigkeit bei dieser Initiative, so StRin Schanbacher (SPD) sei zwar begrüßenswert, allerdings sei die Teilnahme nicht lediglich wegen des Gewinns nötig. Herr Kohlmeyer (S/OB-Klimaschutz) sei beauftragt, das Klimaschutzprogramm nach außen zu tragen und die Kommunikation mit der Bürgerschaft hierüber herzustellen. Sie schlägt vor, die Initiative bei dieser Stelle anzusiedeln. Wichtig sei, alle Akteure, wie die SWS, die Handwerkerschaft sowie alle Personen mit geeigneten Flächen für PV-Anlagen, miteinzubinden. Herr Dr. Görres betont hierzu, die Zusammenarbeit mit der Stabsstelle laufe derart gut, dass es einerlei sei, wo die Bearbeitung des Wettbewerbs sei (One face to the customer-Prinzip).

Hinsichtlich der Anfrage im SPD-Antrag nach einer zusätzlichen Förderung, betont BM Pätzold, die Verwaltung sehe in diesem Bereich derzeit keinen Bedarf. Es habe mehr Erfolg, wenn die Stadträtinnen und Stadträte gezielt Personen auf die PV-Anlagenförderung ansprechen würden. Es sei Wunsch der Verwaltung, die Fördergelder zu verbrauchen. Das Programm beinhalte als weiteren Vorteil die Möglichkeit, die lokale Wirtschaft zu fördern.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Klimaschutz
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS